



Schule kann auch zum Tatort werden. (Symbolbild)

emerson / Getty Images

„Sexueller Missbrauch wird überall verübt“

Kerstin Claus, Beauftragte gegen Missbrauch, fordert bessere Schutzkonzepte an Schulen und ein Social-Media-Verbot.

Sophie Sommer

Köln. Fast 5000 Fälle von sexuellem Missbrauch von Kindern und Jugendlichen wurden im vergangenen Jahr in NRW angezeigt. Das geht aus der neuen Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) hervor. Expertinnen und Experten schätzen, dass das Dunkelfeld deutlich größer ist. Warum viele Fälle unerkannt bleiben und wie Kinder und Jugendliche besser geschützt werden, erklärt Kerstin Claus. Die 56-Jährige ist die „Unabhängige Bundesbeauftragte gegen sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen“.

4544 Kinder und 347 Jugendliche: Das sind die Fälle sexuellen Missbrauchs, die 2025 allein in NRW angezeigt wurden. Was sagt das über den Kinderschutz hierzulande aus?

Kerstin Claus: Sexueller Missbrauch ist ein Grundrisiko von jungen Menschen, in NRW und in ganz Deutschland. Das müssen wir leider immer wieder feststellen. In der Regel kommen die Täter und manchmal auch Täterinnen aus dem sehr nahen Umfeld. Das macht die Aufklärung so schwierig.

Um das Ausmaß greifbar zu machen, heißt es oft: Theoretisch kennt jede Lehrkraft mindestens eine Schülerin oder einen Schüler, die oder der sexueller Gewalt ausgesetzt ist. Trotzdem werden in der Praxis Fälle selten in den Schulen erkannt. Warum?

Für betroffene junge Menschen ist Schule oft das Stück Normalität, das sie dringend brauchen. Deswe-

gen geben sie oft weniger direkte Signale. Indirekte Signale gibt es allerdings viele: Wenn die Leistungen plötzlich einbrechen, eine Schülerin oder ein Schüler sich auf einmal zurückzieht oder, im Gegenteil, anfängt den Unterricht zu stören, schnell wütend oder sogar selbst aggressiv wird. Schule ist absolut bedeutend, wenn es darum geht, solche Signale zu erkennen.

Viele Lehrkräfte arbeiten an der Grenze der Belastung. Wie realistisch ist es da, von ihnen zu verlangen, auch noch Expertinnen und Experten für Missbrauchsprävention zu sein?

Die Schulen in NRW sind verpflichtet, Schutzkonzepte gegen sexuellen Missbrauch zu entwickeln. Es geht also weniger um die einzige Lehrkraft als um die Kultur an der gesamten Schule.

Werden diese Schutzkonzepte auch umgesetzt?

Eine schwierige Frage, dazu fehlen uns Daten aus der Fläche. Wir wissen aber: Gibt es ein Schutzkonzept, das nicht nur im Regal steht, sondern im Alltag gelebt wird, verbessert das die Situation für Schülerinnen und Schüler erheblich. Schüler wenden sich dann häufiger an Lehrkräfte, weil sie wissen, dass ihnen geholfen wird. Und weil sie überhaupt erst die Chance haben, zu erkennen, dass das, was sie erleben, nicht in Ordnung ist. Nur so kann man der Täterstrategie entgegensteuern.

Wie gehen Täter vor?

Die Täter, seltener auch Täterinnen, zielen darauf ab, den Missbrauch als etwas Normales und et-

was Geheimes zu rahmen. Grob gesagt: Sie stellen Nähe her, bauen Vertrauen und Abhängigkeiten auf, verschaffen sich so körperlichen Zugriff. Sie manipulieren nicht nur ihr Opfer, sondern das gesamte Umfeld. Deswegen haben wir immer wieder Fälle, bei denen es im Nachhinein heißt: „Gerade bei der Person hätte ich mir das nie vorstellen können.“ Es sind eben nicht Monster, die man als Monster identifizieren kann, wenn man sie sieht. Es sind häufig sehr sozial kompetente und gut vernetzte Menschen.

Manchmal auch Lehrkräfte.

Ja, Schule kann auch zum Tatort werden. Fest steht, und das gilt für Lehrer, Trainerinnen oder Betreuer in der Kirche: Wenn eine Person Zugänge zu Kindern und Jugendlichen hat und die eben beschriebenen Täterstrategien anwendet, fällt es oft nicht auf. Also ja, sexueller Missbrauch wird letztlich überall verübt, auch in der Schule. Dafür braucht es keine Täter-Netzwerke à la Epstein. Deshalb sind Schutzkonzepte so wichtig.

Wie können Betroffene noch geschützt werden?

Erstmal müssen wir verstehen: Strafrecht ist kein Gradmesser dafür, ob Schutzrechte von Minderjährigen verletzt wurden. Das ist ein Dauermisverständnis. Kinder- und Jugendschutz beginnt viel früher. Wir brauchen ein anderes gesellschaftliches Bewusstsein. Zum Beispiel auch, was das Schutzalter angeht.

Ab 14 Jahren können Jugendliche in Deutschland sexuellen Hand-

lungen mit Erwachsenen zustimmen. Die Erwachsenen machen sich dann nicht strafbar. Vorausgesetzt, sie nutzen keine Zwangslage aus und sind zum Beispiel nicht die Pflegeeltern oder Lehrkräfte des Kindes.

„Die Jugendliche sei ja schon reifer, das sei wahre Liebe“, heißt es oft. Ich würde aber sagen: Wenn ein Altersunterschied ein gewisses Ausmaß erreicht hat, dann ist von einem Machtgefälle auszugehen, das von dem Erwachsenen sexuell ausgenutzt werden kann.

Sie fordern, Beziehungen zu Minderjährigen ab einem gewissen Altersunterschied zu verbieten?

Nur weil Jugendliche jedes Recht haben, sich schrittweise auszuprobieren, heißt das nicht, dass wir ihnen jeden Schutz versagen sollten. Es gibt europäische Länder, die mit einer Altersdifferenz arbeiten. Dadurch wird klar geregelt, dass es etwas anderes ist, ob ein über 60-Jähriger mit einer 16-Jährigen sexuelle Kontakte hat oder ein 19-

Jähriger.

Digitale sexuelle Gewalt spielt eine immer größere Rolle. Ist unser klassischer Begriff von Kinder- und Jugendschutz, der stark auf physische Räume fixiert ist, nicht längst überholt?

Kinder und Jugendliche sind online konfrontiert mit teils horrenden Gewalt oder auch Missbrauchsdarstellungen. Sie erleben Cybergrooming, Deepfakes oder werden mit intimen Bildern erpresst. Wir dürfen sie nicht weiter blindlings diesen Risiken aussetzen.

Wie stehen Sie zu einem möglichen Social-Media-Verbot?

Wir müssen uns fragen: Haben wir online sichere Räume? In sozialen Netzwerken? In Chats? In Online-Spielen? Und da ist die Antwort eindeutig: Nein, haben wir nicht.

Sie sind also für ein Verbot?

Aktuell sehe ich da keine Alternative. Was nicht heißt, dass damit alles gelöst ist. Es steht außer Frage, dass wir viel mehr digitale Bildung brauchen.

Sie bleiben, Stand jetzt, ein weiteres Jahr im Amt. Was wollen Sie noch erreichen?

Einen Meilenstein werden wir schon im Herbst dieses Jahres erreichen: Wir werden 10.000 Neuntklässlerinnen und Neuntklässler zu ihren Erfahrungen mit Gewalt und Missbrauch befragen. Die Polizeiliche Kriminalstatistik bildet ja nur das Hellfeld der Taten ab. Viel zu vieles bleibt im Verborgenen. Mir geht es darum, endlich das Dunkelfeld abzubilden.



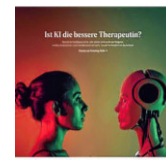
Kerstin Claus.

Barbara Dieltl / UBSKM

Ist KI die bessere Therapeutin?

Themen der Digitalen Sonntagszeitung

AM SONNTAG



Iserlohn. Wenn die KI Therapeut oder sogar Freund ist, wird es gefährlich: Künstliche Intelligenz ist für

viele mittlerweile nicht nur Ratgeber, sondern Seelenröster und zuweilen noch viel mehr. Gerade bei Kindern ist das kritisch.

Zurück im Amiga-Universum: In Duisburg trifft sich regelmäßig eine Szene, die alte Computer nicht ins Museum stellt, sondern wieder einschaltet. Tino Menzner und Jan Stermann organisieren mit Freunden die „Amiga Ruhrpott Convention“.

Leben mit Hyperakusis: „Es ist zu laut für mich“. Mit hoher Geräuschempfindlichkeit zu leben, kann stark belasten. Wie lässt sich Lärm leichter ertragen? Eigene Erfahrungen zum Tag gegen Lärm am 29. April.

Vom Trabant zur Ostalgie: Wie der veraltete „Stinker“ zum Kult-Auto wurde. Vor 35 Jahren lief der letzte Trabant vom Band. Bis zu 15 Jahre mussten die Menschen in der DDR auf ihre „Rennpappe“ warten. Ein Rückblick.

Dazu aktuelle Meldungen aus Politik, Wirtschaft und viel Sport.

Unser E-Paper ist zudem für alle Zeitungsabonnenten gratis über die App „IKZ E-Paper“.



NRW verpflichtet alle Kommunen zu Klimakonzepten

Düsseldorf. Schulhöfe entsiegeln, Plätze verschatten, Kaltluftschneisen in dicht bebauten Gebieten bewahren: Alle fast 400 Städte und Gemeinden in NRW sollen künftig Konzepte zur Klimaanpassung vorlegen. Die schwarz-grüne Landesregierung hat eine entsprechende Novelle des Klimaanpassungsgesetzes beschlossen und in den Landtag eingebracht.

Mit dem Gesetz, das Anfang 2027 in Kraft treten soll, werden die Kommunen verpflichtet, bis Ende 2029 Konzepte zu erarbeiten, wie Umweltminister Oliver Krischer (Grüne) in Düsseldorf mitteilte. Ziel des Gesetzes ist es, Klimarisiken wie Hitze oder Starkregen vor Ort systematisch zu erfassen, Maßnahmen gezielt zu planen und bei Investitionen zu berücksichtigen.

„Hitze, Starkregen, extreme Trockenheit, Überflutungen, all das kennen wir auch aus Nordrhein-Westfalen“, sagte Krischer. Das bevölkerungsreichste Bundesland sei in Westeuropa auch eine der am stärksten betroffenen Regionen bei der Zunahme von Hitzetagen.

Bislang haben nach Angaben Krischers erst 100 Kommunen in NRW vollwertige oder in Teilbereichen fertige Klimaanpassungskonzepte erstellt. Das seien zumeist größere oder mittelgroße Städte. Weitere rund 30 Kommunen arbeiten daran. Oft fehlten auch die finanziellen Mittel und das Know-how, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Zur Finanzierung der Konzepte stellt die Landesregierung den Kommunen 20 Millionen Euro zur Verfügung. *dpa*